

AMTSBLATT

für den Landkreis Helmstedt



Nr. 3

Helmstedt, den 22.01.2020

73. Jahrgang

Inhalt:

Seite:

A. Amtlicher Teil

15.	Bekanntmachung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Politz und Hegholz“ im Schutzgebietesystem Niedersächsischer Drömling in der Samtgemeinde Brome, Landkreis Gifhorn und der Samtgemeinde Velpke, Landkreis Helmstedt vom 17.12.2019	69
16.	Bekanntmachung der Satzung der Gemeinde Jerxheim über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgeldern, den Ersatz von Verdienstausschlag und die Erstattung von Fahrtkosten, Kinderbetreuungskosten und Barauslagen	86
17.	Bekanntmachung der Allgemeinverfügung über die ausnahmsweise Öffnung von Verkaufsstellen in der Stadt Helmstedt	89
18.	Bekanntmachung des Beschlusses über den Jahresabschluss 2012 der Samtgemeinde Velpke und die Entlastung des Samtgemeindebürgermeisters	91
19.	Bekanntmachung des Beschlusses über den Jahresabschluss 2012 der Gemeinde Bahrdorf	92
20.	Bekanntmachung des Beschlusses über den Jahresabschluss 2012 der Gemeinde Danndorf und die Entlastung des Bürgermeisters	93
21.	Bekanntmachung der Feststellung gemäß § 5 UVPG (Norddeutsche Gesellschaft zur Ablagerung von Mineralstoffen mbH – norgam -) Bek. D. LBEG v. 09.01.2020 - L1.4/L67007/03-08_02/2019-0045 -	94

B. Nichtamtlicher Teil

15.

Bekanntmachung der Verordnung

über das Naturschutzgebiet "Politz und Hegholz" im Schutzgebietesystem Niedersächsischer Drömling in der Samtgemeinde Brome, Landkreis Gifhorn und der Samtgemeinde Velpke, Landkreis Helmstedt vom 17.12.2019

Aufgrund der §§ 20 Abs. 2 Nr. 1, 22 Abs. 1 und 2, 23, 32 Abs. 2 und 3 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542) zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndG vom 15.09.2017 (BGBl. I S. 3434) i.V. m. den §§ 14, 15, 16, Abs. 1, 23, 32 Abs. 1 Nds. Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. S. 104) wird im Einvernehmen mit dem Landkreis Helmstedt verordnet:

§ 1

Naturschutzgebiet

- (1) Das in den Absätzen 2 und 3 näher bezeichnete Gebiet wird zum Naturschutzgebiet (NSG) "Politz und Hegholz" erklärt.
- (2) Das NSG liegt in der Gemeinde Rühren, Samtgemeinde Brome, Landkreis Gifhorn und den Gemeinden Danndorf und Grafhorst, Samtgemeinde Velpke, Landkreis Helmstedt. Es grenzt im Nordwesten an den Mittellandkanal, im Westen an das NSG "Wendschotter und Vorsfelder Drömling" in der Stadt Wolfsburg, im Süden an die Aller und im Osten an die B 244. Das NSG „Politz und Hegholz“ liegt in der naturräumlichen Haupteinheit Drömling und innerhalb dieser in der Untereinheit Grafhorst-Rühener Moore, bei denen es sich um Niederungsmoore mit hohem Grundwasserstand handelt. Die Geländehöhen schwanken nur geringfügig zwischen 56,4 und 58 m ü. NN. Das NSG befindet sich im mittleren Teil des Schutzgebietesystems Niedersächsischer Drömling zwischen Nördlichem und Südlichem Drömling. Der Drömling liegt für manche atlantischen Arten an der östlichen und für manche kontinentalen Arten an der westlichen Grenze des Verbreitungsgebietes und ist daher eine auch für die Wissenschaft wertvolle Schnittstelle zweier geografischer Zonen.

Kennzeichnend für die Politz sind großflächige, offene Grünländereien mit kleineren Erlen- und Eschen-Auwäldern der Talniederungen. Das Teilgebiet Hegholz im Landkreis Helmstedt dagegen besteht aus einer Vielzahl solcher Wälder, durchsetzt von Nasswiesen und Flutrasen. Das Gesamtgebiet ist traditionell siedlungsfrei und wurde im Gegensatz zu den preußischen Teilen des Drömling erst viel später in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts für landwirtschaftliche Zwecke melioriert.
- (3) Die Grenze des NSG ergibt sich aus der maßgeblichen Karte im Maßstab 1 : 5.000 (Karte 1) und aus der Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25.000 (Karte 2). Sie verläuft auf der Innenseite des dort dargestellten grauen Rasterbandes. Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie können von jedermann während der Dienststunden bei den Samtgemeinden Brome und Velpke und den Landkreisen Gifhorn und Helmstedt – untere Naturschutzbehörden – unentgeltlich eingesehen werden.
- (4) Das NSG liegt vollständig im Fauna-Flora-Habitat-(FFH-)Gebiet 92 „Drömling“, DE3431-331 gemäß der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-Richtlinie) des Rates vom 21.05.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen (ABl. EG Nr. L 206 S. 7; 1996 Nr. L 59 S. 63), zuletzt geändert durch Richtlinie 2013/17/EU des Rates vom 13.05.2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 193) und im Europäischen Vogelschutzgebiet V 46 „Drömling“, DE3431-401 gemäß der Richtlinie 2009/147/EG (Vogelschutzrichtlinie) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. EU Nr. L 20 S. 7), zuletzt geändert durch die Richtlinie 2013/17/EU des Rates vom 13.05.2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 193).

Die Außengrenzen des FFH- und des EU-Vogelschutzgebietes sind in den entsprechenden Abschnitten mit den Grenzen dieses Naturschutzgebietes identisch.

- (5) Das NSG hat eine Größe von ca. 484,4 ha, davon liegen 197 ha im Landkreis Helmstedt.

§ 2

Schutzzweck

- (1) Allgemeiner Schutzzweck für das Gebiet als Teil des Schutzgebietesystems Niedersächsischer Drömling ist nach Maßgabe der §§ 23 Abs. 1 und 32 BNatSchG die Erhaltung, Pflege und naturnahe Entwicklung oder Wiederherstellung des NSG „Politz und Hegholz“ als Lebensstätte schutzbedürftiger Tier- und Pflanzenarten und deren Lebensgemeinschaften sowie als Landschaft von Seltenheit, besonderer Eigenart, Vielfalt und herausragender Schönheit.
- (2) Schutzzweck ist auch die naturschutzrechtliche Sicherung des vom 16.11.2002 bis 31.10.2012 durchgeführten Vorhabens zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Bestandteile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung Niedersächsischer Drömling durch:
 1. Staumaßnahmen zur Stabilisierung der Grundwasserstände
 2. Reaktivierung der Auendynamik der Aller für den Bereich des Allerauenwaldes durch natürliche periodische Überschwemmungen entsprechend dem Abflussgeschehen in der Aller
 3. Einrichtung und Sicherung von ungenutzten Waldflächen (Naturwald)
 4. Entwicklung und Sicherung von extensiv genutzten Grünlandflächen.
- (3) Die Erklärung zum NSG bezweckt die Erhaltung und Förderung / Entwicklung insbesondere
 1. der großräumigen Niederungslandschaft mit möglichst hohen Grundwasserständen für die nachhaltige Sicherung der hierauf angewiesenen Arten und Biotope, zum Schutz der Niedermoortorfe und zur Vermeidung zersetzungsbedingter, klimaschädigender CO₂-Freisetzung,
 2. von großflächigen, offenen Grünlandkomplexen mit ständig oder zeitweise hohen Wasserständen, extensiver Nutzung, geringer oder fehlender Düngung, mit vielfältigen Randstrukturen (Gewässerrändern, Wiesensäumen, Hochstaudenfluren, Hecken und Feldgehölzen, Waldmänteln und –säumen) und Übergängen zu Röhrichen und Seggenrieden als Voraussetzung für das Vorkommen darauf angewiesener Tierarten (z.B. Heuschrecken, Landschnecken, Tagfalter, Vogelarten),
 3. naturnaher Gewässer in Übereinstimmung mit den naturräumlichen Gegebenheiten (stehend oder langsam fließend, mit Möglichkeiten zum Ausufern, mit strukturreichen Gewässersohlen als Voraussetzung für darauf angewiesene Fisch- und Libellenarten),
 4. der natürlichen Überflutungsdynamik und oberflächennaher Wasserstände, insbesondere in den Röhrich-, Feuchtgrünland und Bruchwaldbereichen,
 5. von Überschwemmungsgebieten, insbesondere im Winterhalbjahr, als Rastlebensraum für Wasser- und Watvogelarten,
 6. naturnaher Wälder (Erlen- und Eschenwälder der Auen, Erlen-Bruchwald nährstoffreicher Standorte, bodensaurer Eichenmischwald nasser Standorte) und deren Sukzessionsstadien mit hoher Strukturvielfalt, mit Horst- und Höhlenbäumen, lebenden Habitatbäumen sowie liegendem und stehendem Totholz als Voraussetzung für das Vorkommen davon abhängiger Tierarten,
 7. die Erhaltung und Förderung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population der Tierarten (Anhang IV FFH- Richtlinie) Knoblauchkröte (*Pelobates fuscus*), Laubfrosch (*Hyla arborea*) und Moorfrosch (*Rana arvalis*),
 8. des Erlebnis- und Erholungswertes der Landschaft, soweit dies ohne zusätzliche Erschließung und ohne nachhaltige Beeinträchtigung der Tier- und Pflanzenwelt möglich ist. Durch eine geeignete Besucherlenkung sollen große, störungsarme Räume erhalten oder geschaffen werden.

9. der Qualität des Gebietes als störungsfreies Brut-, Aufzucht- und Nahrungshabitat und Lebensraum stark gefährdeter Vogelarten wie Kornweihe (*Circus cyaneus*), Wiesenweihe (*Circus pygargus*) und Steinschmätzer (*Oenanthe oenanthe*), sowie ihrer Lebensgemeinschaften und Lebensstätten sowie weiterer typischer Tierartengruppen (Libellen, Schmetterlinge, Käfer).
- (4) Das NSG gemäß §1 Abs. 4 ist Teil des kohärenten europäischen ökologischen Netzes „Natura 2000“; die Unterschutzstellung von „Politz und Hegholz“ als Teilgebiet des FFH-Gebietes „Drömling“ und des Europäischen Vogelschutzgebietes „Drömling“ trägt dazu bei, den günstigen Erhaltungszustand der maßgeblichen Lebensraumtypen und Arten im FFH-Gebiet „Drömling“ und der maßgeblichen Vogelarten des Europäischen Vogelschutzgebietes „Drömling“ insgesamt zu erhalten oder wiederherzustellen. Erhaltungsziel für das NSG im FFH-Gebiet ist die natürliche Entwicklung auch bei damit einhergehenden natürlichen Veränderungen von Lebensraumtypen, verbunden mit einem Verlust oder der Entwicklung zu anderen Lebensraumtypen sowie die Erhaltung und Wiederherstellung unter dem Einfluss der Wiedervernässung, entsprechend auch der Zielstellung des Vorhabens gemäß § 2 Abs. 2.
- (5) Erhaltungsziele des FFH-Gebietes im NSG sind die Erhaltung, Wiederherstellung oder Entwicklung günstiger Erhaltungszustände
- a) insbesondere des prioritären Lebensraumtyps (Anhang I FFH-Richtlinie)
- aa) 91E0 Auenwälder mit Erle, Esche, Weide
als naturnahe, feuchte bis nasse Erlen- und Eschenwälder aller Altersstufen, mit standortgerechten, lebensraumtypischen Baumarten, einem hohen Anteil an lebenden Habitatbäumen und Stämmen starken Totholzes oder totholzreicher Uraltbäume, mit spezifischen Habitatstrukturen (feuchte Senken, Verlichtungen) sowie einer artenreichen Strauchschicht und vielgestaltigen Waldrändern einschließlich ihrer charakteristischen Tier- und Pflanzenarten (Flutter-Ulme, Nachtigall, Kleinspecht, Pirol).
- b) insbesondere der übrigen Lebensraumtypen (Anhang I FFH-Richtlinie)
- aa) 3160 Dystrophe Stillgewässer
Erhalt oder Entwicklung des Lebensraumtyps 3160 einschließlich der typischen Tier- und Pflanzenarten in zumindest gutem Erhaltungszustand mit geringen Defiziten bei den natürlichen Gewässerstrukturen und der Vegetationszonierung, einer guten Wasserqualität und ungestörter sowie standorttypischer Verlandungsvegetation.
Vorkommen von charakteristischen Arten des Lebensraumtyps sind nicht bekannt.
- bb) 6430 Feuchte Hochstaudenfluren
als artenreiche und neophytenfreie Hochstaudenfluren in einem zumindest guten Erhaltungszustand auf mäßig nährstoffreichen, feuchten bis nassen Standorten (einschließlich ihrer Vergesellschaftungen mit Röhrichten) sowie allenfalls lückigem Gehölzbewuchs vorwiegend an Gewässerufeln und Waldrändern mit ihren charakteristischen Tier- und Pflanzenarten (Glänzende Wiesenraute, Gelbe Wiesenraute, Sumpf-Gänsedistel, Fischotter, Biber, Feldschwirl, Rohrammer, Gebänderte Prachtlibelle, Feuchtwiesen-Perlmutterfalter) in stabilen Populationen.
- cc) 6510 Magere Flachlandmähwiesen
Erhalt oder Entwicklung des Lebensraumtyps einschließlich der typischen Tier- und Pflanzenarten in zumindest gutem Erhaltungszustand als artenreiche, nicht oder wenig gedüngte, aus niedrig-, mittel- und hochwüchsigen Gräsern und Kräutern zusammengesetzte, vorwiegend gemähte Wiesen oder wiesenartige Extensivweiden auf mäßig feuchten bis mäßig trockenen Standorten, teilweise im Komplex mit Feuchtgrünland sowie landschaftstypischen Gehölzen (Hecken, Gebüsche, Baumgruppen). Charakteristische Arten sind insbesondere

Gewöhnliches Ruchgras, Wiesen-Schaumkraut, Scharfer Hahnenfuß, Kuckucks-Lichtnelke, Rot-Klee, Feldlerche, Wiesenpieper, Goldene Acht, Rostfleckiger Dickkopffalter.

dd) 9190 Alte bodensaure Eichenwälder auf Sandböden mit Stieleiche

Erhalt oder Entwicklung naturnaher, strukturreicher Eichenmischwälder mit allen natürlichen und naturnahen Waldentwicklungsphasen in mosaikartigem Wechsel, mit standortgerechten, lebensraumtypischen Baumarten, mit einem hohen Tot- und Altholzanteil, Höhlenbäumen, lebenden Habitatbäumen und Stämmen starken Totholzes oder totholzreicher Uraltbäume sowie einer artenreichen Strauchschicht und vielgestaltigen Waldrändern. Vorkommen von charakteristischen Arten des Lebensraumtyps sind nicht bekannt.

ee) 91F0 Hartholzauwälder

Erhalt oder Entwicklung des Lebensraumtyps einschließlich der typischen Tier- und Pflanzenarten in zumindest gutem Erhaltungszustand mit standortgerechten, lebensraumtypischen Baumarten, mit einem hohen Tot- und Altholzanteil, Höhlenbäumen, lebenden Habitatbäumen und Stämmen starken Totholzes oder totholzreicher Uraltbäume sowie einer artenreichen Strauchschicht und vielgestaltigen Waldrändern unter dem zeitweiligen Hochwassereinfluss der Aller.

Vorkommen von charakteristischen Arten des Lebensraumtyps sind nicht bekannt.

c) einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population der Tierarten (Anhang II FFH- Richtlinie)

aa) Fischotter (*Lutra lutra*)

Erhalt oder Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population des Fischotters in zumindest gutem Erhaltungszustand im Grabensystem mit störungsarmen strukturreichen Gewässerrändern, mit hoher Gewässergüte, Fischreichtum und gefahrenfreien Wandermöglichkeiten entlang der Gräben.

bb) Biber (*Castor fiber*)

Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population des Bibers in zumindest gutem Erhaltungszustand im Grabensystem und angrenzenden Gehölzen durch die Erhaltung und Förderung eines störungsarmen, weitgehend unzerschnittenen Lebensraumes, einem in Teilen weichholzreichen Uferstrandstreifen und gefahrenfreien Wandermöglichkeiten entlang der Gräben.

cc) Steinbeißer (*Cobitis taenia*)

Erhalt oder Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population des Steinbeißers in zumindest gutem Erhaltungszustand in durchgängigen, zumindest teilweise besonnten Gewässern mit vielfältigen Uferstrukturen, abschnittsweiser Wasservegetation, gering durchströmten Flachwasserbereichen und sich umlagerndem sandigem Gewässerbett sowie naturraumtypischer Fischbiozönose.

dd) Schlammpeitzger (*Misgurnus fossilis*)

Erhalt oder Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population in zumindest gutem Erhaltungszustand in Fließgewässerabschnitten mit geringer Strömungsgeschwindigkeit, weichblättrigen und gefiederten Unterwasserpflanzen sowie lockeren, durchlüfteten Schlammböden auf sandigem Untergrund mit in Intensität und Ausprägung angepasster schonender Unterhaltung; Erhalt und Förderung von potentiellen weiteren Lebensräumen bzw. Sekundärlebensräumen (verschlammten und wasserpflanzenreichen Entwässerungsgräben und Teichen).

ee) Bitterling (*Rhodeus amarus*)

Erhalt oder Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population in zumindest gutem Erhaltungszustand in durchgängigen Fließgewässerabschnitten mit mäßig häufig auftretenden Hochwasserereignissen, sandigem oder schlammigem Grund und überwiegend geringer Wassertiefe sowie ausreichend großen Vorkommen von Großmuscheln; Erhalt und Wiederherstellung insgesamt der typischen Niederungslandschaft mit ihren grundwasser- und

überschwemmungsabhängigen Lebensräumen und einem verzweigten Gewässernetz einschließlich temporär überfluteter Bereiche, Altarme und Altwässer, mit in Intensität und Ausführung angepasster schonender Unterhaltung; Erhalt und Förderung von potentiellen weiteren Lebensräumen bzw. Sekundärlebensräumen (Stillgewässern).

ff) Grüne Flussjungfer (*Ophiogomphus cecilia*)

Erhalt oder Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population der Grünen Flussjungfer in zumindest gutem Erhaltungszustand in den naturnahen Bereichen der Fließgewässer und ihrer Zuflüsse mit feinsandig-kiesigem Gewässergrund, Flachwasserbereichen und vegetationsfreien Sandbänken sowie teilweise beschatteten Ufern als Lebensraum der Libellen-Larven; mit Gebüsch als Reifehabitats, Vermeidung des Eintrags von Bodenpartikeln in das Gewässersystem; Reduzierung der Mobilisierung von Bodenpartikeln innerhalb von Gewässern des Einzugsgebietes, Wahrung oder Förderung einer Gewässergüte zwischen Güteklasse I und II.

(6) Erhaltungsziele des Europäischen Vogelschutzgebietes im NSG sind

a) die Erhaltung bzw. Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der Lebensräume der wertbestimmenden und weiterer Vogelarten mit signifikantem Vorkommen gem. Buchst. b) und c) durch:

- aa) Erhalt bzw. Wiederherstellung von störungsarmen alten und reichstrukturierten Laub- und Mischwäldern mit Altholzbeständen und gutem Höhlenangebot, Optimierung der Grundwasserverhältnisse u.a. durch Wasserrückhaltung in den Wäldern,
- bb) Erhalt bzw. Wiederherstellung von offenen bis halboffenen, feuchten bis nassen artenreichen Niederungslandschaften im Zusammenhang mit Bruchwald, Niedermooren, Röhrichen, Feuchtgrünland, Brachen und Stillgewässern,
- cc) Erhalt bzw. Wiederherstellung von abwechslungsreichen halboffenen und offenen Kulturlandschaften mit Gebüsch, Hecken und Einzelbäumen im Wechsel mit Ruderal- und Brachflächen sowie extensiv genutztem Grünland und Staudensäumen,
- dd) Erhalt und Entwicklung von strukturreichen Waldrändern bzw. gut strukturierten Offenland-Wald-Übergangsbereichen sowie Lichtungen und Schneisen innerhalb der geschlossenen Waldbestände,
- ff) Erhalt und Wiederherstellung extensiv genutzter Feucht- und Nassgrünlandflächen,
- gg) Erhalt von weitgehend offener, nahezu baumloser Niederungs- und Grünlandlandschaft.

b) die Erhaltung bzw. Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population insbesondere der Brutvogelarten gem. Art. 4 Abs. 1 EU-Vogelschutzrichtlinie

- Kranich (*Grus grus*)

Erhalt und Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population in zumindest gutem Erhaltungszustand durch Sicherung und Schaffung hoher Wasserstände vor allem in Bruchwäldern, Sümpfen und Mooren, Erhalt und Förderung von Feuchtgebieten sowie Grün- und Brachflächen im näheren Umfeld geeigneter Brutplätze u.a. zur Aufzucht der Jungtiere, Sicherung, Erhalt und Wiederherstellung von Bruchwäldern und feuchten Waldstandorten sowie Sicherung eines vorrangig während der Brutzeit störungsfreien Umfeldes der Brutplätze,

- Mittelspecht (*Picoides medius*) als Nahrungsgast

Erhalt und Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population in zumindest gutem Erhaltungszustand durch Förderung und Wiederherstellung von naturnahen, strukturreichen Laub-, Misch- und Urwäldern mit hohem Anteil an alten bzw. sehr alten Eichen, frei von Kahlschlägen und durch Vernetzungskorridore verbunden,

- Neuntöter (*Lanius collurio*)

Erhalt oder Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population zumindest in günstigem Erhaltungszustand durch Förderung und Wiederherstellung einer strukturreichen Kulturlandschaft mit höherem Heckenanteil, Gebüsch und Feldgehölzen im Verbund mit extensiv genutztem Grünland sowie Brachen, Trocken- und Magerrasen sowie durch Erhalt und Förderung von lichten Waldrändern sowie von Hochstaudenfluren entlang von Wegen, Gräben und Nutzungsgrenzen in Verbindung mit Hecken und strukturreichen Gebüsch,

- Rotmilan (*Milvus milvus*)

Erhalt und Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population in zumindest gutem Erhaltungszustand durch Erhalt und Entwicklung von Altholzbeständen (vor allem Laubholz), Sicherung und Entwicklung von störungsarmen Brutplätzen durch Nutzungseinschränkung im Horstumfeld, Vermeidung von baulichen Anlagen mit Kollisionsrisiko (Strommasten, Freileitungen),

- Schwarzmilan (*Milvus migrans*)

Erhalt und Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population zumindest in günstigem Erhaltungszustand durch Erhalt und Entwicklung von Altholzbeständen (vor allem Laubholz), störungsarmen Brutplätzen im Zusammenhang mit entsprechenden Nahrungshabitaten wie Altholzbeständen und nahrungsreichen Gewässern, Vermeidung von baulichen Anlagen mit Kollisionsrisiko (Strommasten, Freileitungen) im Revierumfeld,

- Sperbergrasmücke (*Sylvia nisoria*)

Erhalt oder Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population in zumindest günstigem Erhaltungszustand durch Erhalt und Förderung einer strukturreichen Kulturlandschaft mit einem hohen Anteil an Hecken, Gebüsch und Feldgehölzen im Verbund mit extensiv genutztem Grünland sowie Brachen. Erhalt und Förderung von Hochstaudenfluren entlang von Wegen, Gräben und Nutzungsgrenzen, Verbesserung und Sicherung des Nahrungsangebotes durch Verzicht auf Pestizideinsatz,

- Wachtelkönig (*Crex crex*)

Erhalt und Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population zumindest in günstigem Erhaltungszustand durch Erhalt und Förderung großflächig zusammenhängender Areale wie Niedermoore, Feuchtwiesen mit hochwüchsigen Seggen-, Wasserschwaden- oder Rohrglanzgrasbeständen, selten Wiesen mit hochwüchsigen Gras- und Hochstaudenbeständen, Brachen, Erhalt und Förderung oberflächennaher Grundwasserstände bzw. Erhöhung der Wasserstände und Wiedervernässung bis in das späte Frühjahr bzw. in den Sommer hinein, Erhalt und Förderung einer ausreichenden Deckung in Form von hoher Vegetation lichter Ausprägung auch zur Aufzucht der Jungtiere, weitestmöglicher Verzicht auf mechanische Bearbeitung der Ruf-, Brut- und Mauserplätze,

- Weißstorch (*Ciconia ciconia*) als Nahrungsgast

Erhalt und Entwicklung der Lebensräume des außerhalb der Politz brütenden Weißstorches sowie einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population zumindest in günstigem Erhaltungszustand durch Sicherung der Bereiche mit hohen Grundwasserständen sowie Kleingewässern im Umfeld von Brutplätzen zur Förderung des Nahrungsangebotes (insbesondere Lurche, Kleinsäuger und Insekten), ohne Strommasten, Freileitungen und bauliche Anlagen mit Kollisionsrisiko.

c) die Erhaltung bzw. Förderung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population der Zugvogelarten als Brutvögel gem. Art. 4 Abs. 2 EU-Vogelschutzrichtlinie

Baumfalke (*Falco subbuteo*)

In strukturreichen Waldbeständen mit Altholz, Totholz sowie Pioniergehölzen und strukturreichen, großlibellenreichen Gewässern und Feuchtgebieten im Bereich störungsarmer Bruthabitate,

- Bekassine (*Gallinago gallinago*)

Erhalt oder Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population in zumindest gutem Erhaltungszustand durch Sicherung und Wiederherstellung von feuchten und extensiv bewirtschafteten Grünlandflächen sowie Sicherung störungsarmer Brutplätze,

- Braunkehlchen (*Saxicola rubetra*)

Erhalt oder Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population des Braunkehlchens in zumindest günstigem Erhaltungszustand durch Sicherung und Wiederherstellung einer kleinparzelligen, strukturreichen offenen Kulturlandschaft und insbesondere extensiv genutztem Dauergrünland mit einem kleinflächigen Wechsel aus Wiesen und Weiden einschließlich vielfältiger linearer ruderaler Saumstrukturen (Grabenränder, Wegränder, Zaunrassen, Nutzungsgrenzen, spät gemähte Säume) sowie kleinen, eingestreuten Brachen,

- Großer Brachvogel (*Numenius arquata*)

Erhalt oder Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population zumindest in günstigem Erhaltungszustand durch Sicherung und Wiederherstellung von extensiv genutzten, großflächig offenen, gehölzarmen, nahezu baumlosen Grünlandkomplexen, Sicherung und Wiederherstellung geeigneter Grundwasserstände, möglichst mit kurzzeitigen winterlichen Überflutungen (zwischen Dezember und März) und sukzessivem Rückgang zum Frühjahr bis auf 40 cm unter Geländeoberkante sowie Sicherung von störungsarmen Brutplätzen mit lückigen Pflanzenbeständen und stocheffähigen Böden sowie kleinen offenen Wasserflächen (Blänken, Mulden) einschließlich offener schlammiger Uferpartien zur Brutzeit,

- Krickente (*Anas crecca*)

In Rast- und Nahrungsgebieten großräumiger, weitgehend offener Landschaften mit flachen, eutrophen Binnengewässern und Feuchtwiesen als Ruhe-, Schutz- und Nahrungshabitaten ohne jagdliche Nutzung,

- Nachtigall (*Luscinia megarhynchos*)

Erhalt oder Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population in zumindest gutem Erhaltungszustand durch Förderung und Wiederherstellung unterholzreicher Laub- und Mischwälder, insbesondere auch Au- und Bruchwälder, Sicherung und Förderung von gebüschreichen Ufern und Verlandungsbereichen an Stillgewässern, Sicherung von Hecken und Gebüsch in Verbindung mit einer dichten und hohen Krautschicht in der freien Landschaft,

- Pirol (*Oriolus oriolus*)

Erhalt oder Entwicklung einer vitalen, langfristig überlebensfähigen Population in zumindest gutem Erhaltungszustand durch Förderung und Wiederherstellung vor allem von lichten Bruch- und Auwäldern; Erhalt und Förderung von Feuchtgebieten mit Ufer- und Feldgehölz,

§ 3

Schutzbestimmungen

- (1) Gemäß § 23 Abs. 2 BNatSchG sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können.

Insbesondere werden folgende Handlungen, die das NSG oder einzelne seiner Bestandteile gefährden oder stören können, untersagt:

1. Hunde außer im erforderlichen Einsatz im Rahmen ordnungsgemäßer Jagdausübung frei laufen zu lassen; Hunde außer zu jagdlichen Zwecken im Naturschutzgebiet mitzuführen mit Ausnahme folgender Wege:
 - a) entlang des Hochwasserentlasters zwischen Allerknien und Schneegraben,
 - b) von der B 244 zum Nördlichen Drömlingsgraben, an diesem entlang und nordwestlich abknickend zum Aufleitungsbauwerk,
 - c) Weg Danndorf-Wendschott in der Südwestecke des Naturschutzgebietes,
2. wildlebende Tiere oder die Ruhe der Natur durch Lärm oder auf andere Weise zu stören,
3. die nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Flächen mit Kraftfahrzeugen zu befahren oder Kraftfahrzeuge dort abzustellen,
4. im NSG unbemannte Luftfahrzeuge (z.B. Modellflugzeuge, Drohnen, Drachen) nach Maßgabe des § 21 b) Abs. 1 Nr. 6 der Luftverkehrs-Ordnung i. d. F. der VO vom 30.3.2017 (BGBl. 2017 Teil I Nr. 17 v. 6.4.2017) ohne Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde zu betreiben und mit bemannten Luftfahrzeugen (z.B. Ballonen, Hängegleitern, Gleitschirmen, Hubschraubern) abgesehen von Notfallsituationen zu starten und zu landen,
5. mit bemannten Luftfahrzeugen eine Mindestflughöhe von 150 m über dem NSG zu unterschreiten,
6. wildwachsende Pflanzen oder Pflanzenteile oder sonstige Bestandteile des NSG zu entnehmen, sowie deren Standorte und deren Pflanzengesellschaften zu beeinträchtigen,
7. Hecken oder Feldgehölze zu beseitigen oder zu beschädigen,

8. zu zelten, zu lagern, Wohnwagen aufzustellen und offenes Feuer außer zu Zwecken des Pflanzenschutzes zu entzünden,
 9. organisierte Veranstaltungen ohne Zustimmung der Naturschutzbehörde durchzuführen. Hiervon bleibt das Erfordernis einer u. U. zusätzlich erforderlichen Zustimmung des Flächeneigentümers unberührt,
 10. Maßnahmen durchzuführen, die zu einer weiteren Entwässerung von Flächen innerhalb des Gebietes führen,
 11. in einem geringeren Abstand als 5 m von Gräben Stoffe abzulagern, die die Gewässergüte beeinträchtigen können, dazu zählen auch Reste von Futtermitteln und Wildfutter,
 12. gentechnisch veränderte Organismen einzubringen,
 13. Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen,
 14. nichtheimische, gebietsfremde oder invasive Arten auszubringen oder anzusiedeln,
 15. Totschlagfallen einzusetzen,
 16. die Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen,
 17. Bodenbestandteile abzubauen, Aufschüttungen, Auf- oder Abspülungen oder Abgrabungen vorzunehmen.
- (2) Gemäß § 16 Abs. 2 NAGBNatschG darf das NSG außerhalb der Wege nicht betreten oder auf sonstige Weise aufgesucht werden.
- (3) Die Naturschutzbehörde kann von den Verboten des Absatz 1 Ausnahmen zustimmen, wenn und soweit dadurch keine Beeinträchtigungen oder nachhaltigen Störungen des NSG oder seiner für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile zu befürchten sind. Die Zustimmung kann mit Nebenbestimmungen hinsichtlich Zeitpunkt, Ort und Ausführungsweise versehen werden.

§ 4

Freistellungen

- (1) Die in den Abs. 2 bis 6 aufgeführten Handlungen oder Nutzungen sind von den Regelungen der §§ 23 Abs. 2 und 33 BNatSchG, 16 Abs. 2 NAGBNatSchG und des § 3 dieser Verordnung freigestellt und bedürfen keiner naturschutzrechtlichen Befreiung.
- (2) Allgemein freigestellt sind
1. das Betreten und Befahren des Gebietes durch die Eigentümer und Nutzungsberechtigten sowie deren Beauftragte zur rechtmäßigen Nutzung oder Bewirtschaftung der Grundstücke,
 2. das Betreten und Befahren des Gebietes und die Durchführung von Maßnahmen:
 - a) durch Bedienstete der Naturschutzbehörden sowie deren Beauftragte zur Erfüllung dienstlicher Aufgaben,
 - b) durch Bedienstete anderer Behörden und öffentlicher Stellen sowie deren Beauftragte in Erfüllung der dienstlichen Aufgaben dieser Behörden,
 - c) im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht im rechtzeitigen Benehmen mit der zuständigen Naturschutzbehörde, es sei denn, es handelt sich um eine gegenwärtige erhebliche Gefahr, die ein sofortiges Handeln erfordert; in diesem Fall ist die zuständige Naturschutzbehörde unverzüglich über die durchgeführten Maßnahmen zu unterrichten,
 - d) zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung sowie Untersuchung und Kontrolle des Gebietes im Auftrag oder auf Anordnung der zuständigen Naturschutzbehörde oder mit deren Zustimmung,
 - e) zur Beseitigung von invasiven gebietsfremden Arten mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde,
 - f) zur wissenschaftlichen Forschung und Lehre einschließlich geowissenschaftlicher Untersuchungen sowie zur Information und Bildung mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde,

3. die ordnungsgemäße Unterhaltung der Wege in der vorhandenen Breite, mit dem bisherigen Deckschichtmaterial und soweit dies für die freigestellten Nutzungen erforderlich ist, jedoch ohne Verwendung von Bauschutt, Kalk und Recyclingmaterial sowie Teer- und Asphaltaufrüchten; ohne die Ränder der Wege in der Zeit vom 1.3. bis 31.8. jeden Jahres breiter als 1 m zu mähen; die fachgerechte, auf seine Erhaltung ausgerichtete Begrenzung des Gehölzwuchses,
 4. die ordnungsgemäße Gewässerunterhaltung an und in Gewässern zweiter und dritter Ordnung nach den Grundsätzen des WHG, des NWG und der Unterhaltungsverordnungen unter besonderer Berücksichtigung des Schutzzwecks und der Erhaltungsziele gem. § 2 dieser Verordnung und nach folgenden Vorgaben:
 - a) nur abschnittsweise oder einseitige Gewässerräumung unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten und Zurücksetzen von Großmuscheln bei Entnahme,
 - b) Grundräumung nur mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde,
 - c) beim Einsatz von Fallen, bei denen Fehlfänge des Fischotters, des Bibers sowie ihrer Jungtiere in Betracht kommen, sind zur Vermeidung von Verletzung und Tötung nur geeignete Lebendfallen zu verwenden,
 - d) Belassen von Biberburgen und Wintervorratsplätzen; Belassen vom Biber gefällter Bäume, soweit der Wasserabfluss und die Sicherheit der Bewirtschaftung nicht beeinträchtigt werden;
 - e) Entfernen von Biberdämmen nur mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde, soweit die Voraussetzungen für eine Ausnahme nach §§ 44 und 45 BNatSchG gegeben sind,
 - f) die Pflege der Gehölze gem. Nr. 3,
 5. die Mahd von Schneisen nur im unbedingt erforderlichen Umfang,
 6. die Nutzung und Unterhaltung der bestehenden rechtmäßigen Anlagen und Einrichtungen in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang, insbesondere die Unterhaltung und Nutzung der Bundeswasserstraße Mittellandkanal einschließlich aller dazugehörigen Flächen, soweit sie durch Planfeststellungsbeschluss, Grundbucheintrag oder anderweitig rechtsverbindlich geregelt ist; darüber hinausgehende Instandsetzungsmaßnahmen nach Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde vier Wochen vor Beginn der Maßnahmen.
 7. das Befahren der Aller mit nicht motorisierten Booten ohne Anlanden außer an der Furt am Ostrand des NSG und der Brücke nahe dem Westrand des NSG.
- (3) Freigestellt ist die natur- und landschaftsverträgliche landwirtschaftliche Bodennutzung nach guter fachlicher Praxis gemäß § 5 Abs. 2 BNatSchG sowie nach folgenden Vorgaben:
1. die Nutzung der in der maßgeblichen Karte entsprechend dargestellten Flächen als Dauergrünland
 - a) ohne Behandlung mit chemischen Pflanzenschutzmitteln,
 - b) ohne Veränderung des Bodenreliefs insbesondere durch Verfüllen von Bodensenken, -mulden und -rinnen und durch Einebnung und Planierung,
 - c) ohne Ausbringung von Kot aus der Geflügelhaltung, Jauche, Gärrest außer in getrockneter Form, Klärschlamm und Gülle,
 - d) ohne auch nur vorübergehende Umwandlung von Grünland in Acker,
 - e) ohne Erneuerung der Grasnarbe durch Umbruch,
 - f) zulässig sind Über- oder Nachsaaten mit für den Naturraum typischen Gräsern und Kräutern, auch im Scheiben- oder Schlitzdrillverfahren, die Beseitigung von Wildschweinschäden oder Fahrspuren durch Einebnung,
 - g) ohne zusätzliche Entwässerung,
 2. die Nutzung der gemäß § 30 BNatSchG gesetzlich geschützten Biotop, z.B. seggen-, binsen- oder hochstaudenreiche Nasswiesen, die eine Zerstörung oder sonstige erhebliche Beeinträchtigung ausschließt,
 3. die Unterhaltung und Instandsetzung bestehender Viehtränken und Weidezäune; deren Neuerrichtung in ortsüblicher Weise mit Holzpfeilen (Eichenspaltpfähle), Draht, und Holzlatte ohne auffällige Anstriche,
 4. die Unterhaltung und Instandsetzung rechtmäßig bestehender Viehunterstände; deren Neuerrichtung in ortsüblicher Weise mit Zustimmung der Naturschutzbehörde,
 5. die zuständige Naturschutzbehörde kann Ausnahmen von den Regelungen des Absatzes 3 zustimmen, sofern dies im Einzelfall nicht dem Schutzzweck widerspricht.

- (4) Freigestellt ist, die Waldflächen der Eigenentwicklung durch Nutzungsverzicht zu überlassen oder die natur- und landschaftsverträgliche Forstwirtschaft im Sinne des § 11 NWaldLG und § 5 Abs. 3 BNatSchG unter Berücksichtigung der Entwicklungsziele des Pflege- und Entwicklungsplanes (PEPl) Niedersächsischer Drömling
1. einschließlich der Errichtung, Nutzung und Unterhaltung von Zäunen und Gattern,
 2. wenn
 - a) beim Holzeinschlag und der Pflege je vollem Hektar Waldfläche des jeweiligen Waldeigentümers oder der Waldeigentümerin fünf bis zehn (in Eichen- und Eschenwäldern) und zehn bis zwanzig (in Erlen- und Birkenwäldern) lebende Altholz-Bäume bis zum natürlichen Zerfall belassen werden,
 - b) beim Holzeinschlag und der Pflege je vollem Hektar Waldfläche des jeweiligen Waldeigentümers oder der Waldeigentümerin fünf bis zehn Stück stehenden oder liegenden starken Totholzes belassen werden
 - c) eine Düngung unterbleibt,
 - d) ein Bau und Ausbau von Wegen nur mit Zustimmung der Naturschutzbehörde erfolgt,
 - e) eine Durchführung von Bodenbearbeitungsmaßnahmen unterbleibt, ausgenommen ist eine zur Einleitung einer natürlichen Verjüngung erforderliche plätzeweise Bodenverwundung,
 - f) eine Durchführung von Maßnahmen zur Bodenschutzkalkung unterbleibt,
 - g) die Naturverjüngung bevorzugt wird und bei künstlicher Verjüngung die Anpflanzung oder Saat von Nadelhölzern und nicht standortheimischen Baumarten unterbleibt,
 - i) beim Holzeinschlag und der Pflege auf mindestens 80 % der Fläche der jeweiligen Waldeigentümerin oder des Waldeigentümers Bodenverdichtungen mit Veränderung der Krautschicht vermieden werden,
 - j) die Durchführung von Entwässerungsmaßnahmen nur mit Zustimmung der Naturschutzbehörde erfolgt mit Ausnahme von kurzzeitigen Entwässerungsmaßnahmen, insbesondere zur Bestandesbegründung,
 - k) die Nutzung von erkennbaren Horst- und Höhlenbäumen unterbleibt.
 3. einschließlich der Endnutzung der Pappelbestände wie bisher oder ihr Umbau in heimische Laubwaldbestände,
 4. ohne Anwendung von Pflanzenschutzmitteln außer als letztes Mittel bei schwerwiegender Gefährdung des Bestandes oder der Verjüngung oder für notwendige Schutzmaßnahmen an gelagertem Holz, sofern die Umlagerung des Holzes nicht zumutbar ist ausschließlich auf der Grundlage des schriftlichen Gutachtens einer fachkundigen Person und mit Zustimmung der Naturschutzbehörde,
 5. auf Waldflächen, die im Rahmen des Naturschutzgroßprojektes Niedersächsischer Drömling von den Landkreisen Gifhorn und Helmstedt, dem Land Niedersachsen (NLWKN) oder dem Unterhaltungsverband (AOV) erworben wurden bzw. schon in deren Eigentum standen, wird die Bewirtschaftung eingestellt, um auf diesen Prozessschutzflächen eine Naturwaldentwicklung zuzulassen. Freigestellt sind lediglich Maßnahmen zur Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflichten und vorbereitende Maßnahmen zur Optimierung der Naturwaldentwicklung wie die Entnahme von Gehölzen nichtheimischer Arten.
- (5) Freigestellt ist die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd. Dem allgemeinen Verbot gemäß § 3 Abs. 1 dieser Verordnung unterliegt jedoch
1. die Neuanlage von Wildäckern, Wildäsungsflächen, Futterplätzen und Hegebüschchen sowie
 2. anderen jagdwirtschaftlichen Einrichtungen in nicht ortsüblicher landschaftsangepasster Art.
- Beim Einsatz von Fallen, bei denen Fehlfänge des Fischotters oder Bibers in Betracht kommen, sind zur Vermeidung von Verletzung und Tötung nur geeignete Lebendfallen zu verwenden. § 3 Abs. 1 Nr. 15 bleibt unberührt.
- Die Neuanlage baugenehmigungsfreier, für die dauerhafte Nutzung vorgesehener Ansitzeinrichtungen über 4 m Bodenhöhe ist der zuständigen Naturschutzbehörde anzuzeigen.

- (6) Freigestellt ist die ordnungsgemäße fischereiliche Angelnutzung an der Aller und am Hochwasserentlaster ohne Einrichtung befestigter Angelplätze und unter größtmöglicher Schonung der natürlichen Lebensgemeinschaften im Gewässer und an seinen Ufern, insbesondere der natürlich vorkommenden Wasser- und Schwimmblattvegetation,
- (7) Freigestellt ist die Durchführung von Untersuchungen zur Gewässergüte und Bestandserhebungen mit dem Elektro-Fischfanggerät entsprechend der jeweiligen Genehmigung durch den Fischereikundlichen Dienst einschließlich des Einsatzes eines Motorbootes, sofern der Motor dem jeweils neuesten Stand der EU-Sportboot-Richtlinie entspricht.
- (8) Die Naturschutzbehörde kann bei den in den Absätzen 2 bis 5 genannten Fällen zur Erteilung ihrer Zustimmung und im Anzeigeverfahren Regelungen zu Zeitpunkt, Ort und Ausführungsweise treffen, die geeignet sind, Beeinträchtigungen oder Gefährdungen des NSG, einzelner seiner Bestandteile oder seines Schutzzweckes entgegenzuwirken.
- (9) Weitergehende Vorschriften der §§ 30 BNatSchG und 24 NAGBNatSchG bleiben unberührt.
- (10) Bestehende behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder sonstige Verwaltungsakte bleiben unberührt.

§ 5

Befreiungen

- (1) Von den Verboten dieser Verordnung kann die zuständige Naturschutzbehörde nach Maßgabe des § 67 BNatSchG Befreiung gewähren.
- (2) Eine Befreiung zur Realisierung von Plänen oder Projekten kann gewährt werden, wenn sie sich im Rahmen der Prüfung nach § 34 Abs. 1 BNatSchG als mit dem Schutzzweck dieser Verordnung vereinbar erweisen oder die Voraussetzungen des § 34 Abs. 3 und 5 BNatSchG erfüllt sind.

§ 6

Anordnungsbefugnis

Gemäß § 2 Abs. 2 NAGBNatSchG kann die zuständige Naturschutzbehörde die Wiederherstellung des bisherigen Zustands anordnen, wenn gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung oder die Zustimmungs-, Einvernehmensvorbehalte oder Anzeigepflichten des § 4 dieser Verordnung verstoßen wurde und Natur oder Landschaft rechtswidrig zerstört, beschädigt oder verändert worden sind.

§ 7

Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

- (1) Eigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte haben die Durchführung von folgenden durch die zuständige Naturschutzbehörde angeordneten oder angekündigten Maßnahmen zu dulden:
 - 1. Das Aufstellen von Schildern zur Kennzeichnung des NSG und seiner Wege sowie zur weiteren Information über das NSG,
 - 2. Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege, Entwicklung und Wiederherstellung des NSG oder einzelner seiner Bestandteile,
 - 3. insbesondere regelmäßig anfallende Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen wie die Beseitigung von Neophytenbeständen, Wiederherstellung/Instandsetzung und Erhalt von naturnahen fischfreien

Kleingewässern und Flachwasserbereichen als Laichgewässer und Lebensraum für gefährdete Pflanzen-, Amphibien-, Vogel- und Libellenarten sowie Maßnahmen zur Stabilisierung der Grundwasserstände.

- (2) Dem Schutzzweck dienende Maßnahmen können - soweit erforderlich - auf Grundlage des Pflege- und Entwicklungsplanes Niedersächsischer Drömling fortgeschrieben und in einem Bewirtschaftungsplan dargestellt werden.
- (3) §§ 15 und 39 NAGBNatSchG sowie § 65 BNatSchG bleiben unberührt.

§ 8

Umsetzung von Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

- (1) Die in den §§ 3 und 4 dieser Verordnung enthaltenen Regelungen entsprechen Maßnahmen zur Erhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes der im NSG vorkommenden FFH-Lebensraumtypen/Anhang II-Arten/Vogelarten.
- (2) Die in § 7 Abs. 1 und 2 dieser Verordnung beschriebenen Maßnahmen dienen darüber hinaus der Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der im NSG vorkommenden FFH-Lebensraumtypen/Anhang II-Arten/Vogelarten.
- (3) Als Instrumente zur Umsetzung der in § 7 dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen dienen insbesondere
 - a) Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen der zuständigen Naturschutzbehörde unter Berücksichtigung des Pflege- und Entwicklungsplanes Niedersächsischer Drömling,
 - b) freiwillige Vereinbarungen, insbesondere im Rahmen des Vertragsnaturschutzes,
 - c) Einzelfallanordnungen nach § 15 NAGBNatSchG.

§ 9

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig nach § 23 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG i. V. m. § 43 Abs. 3 Nr. 1 NAGBNatSchG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Verbotsregelungen in § 3 dieser Verordnung verstößt, ohne dass die Voraussetzungen einer Freistellung nach § 4 dieser Verordnung vorliegen oder eine Zustimmung nach § 3 Abs. 3 dieser Verordnung erteilt oder eine Befreiung gewährt wurde. Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 43 Abs. 4 NAGBNatSchG mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden.
- (2) Ordnungswidrig gemäß § 43 Abs. 3 Nr. 7 NAGBNatSchG handelt, wer entgegen § 23 Abs. 2 Satz 2 BNatSchG i. V. m. § 16 Abs. 2 NAGBNatSchG und § 3 Abs. 2 dieser Verordnung das NSG außerhalb der Wege betritt, ohne dass die Voraussetzungen für eine Freistellung nach § 4 dieser Verordnung vorliegen oder eine erforderliche Zustimmung nach § 3 Abs. 3 dieser Verordnung erteilt oder eine Befreiung gewährt wurde. Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 43 Abs. 4 NAGBNatSchG mit einer Geldbuße bis zu 25.000 Euro geahndet werden.

§ 10

Inkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt am 01.02.2020 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt im Geltungsbereich dieser Verordnung die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Drömling“ im Landkreis Helmstedt vom 12.01.1966 (Amtsblatt für den Niedersächsischen Verwaltungsbezirk Braunschweig, 45. Jg. vom 17.03.1966, S. 11-13) außer Kraft

Gifhorn, den 17.12.2019

Landkreis Gifhorn

gez. Dr. Andreas Ebel
(Landrat)



Maßgebliche Karte zur Verordnung vom 17.12.2019 über das

Naturschutzgebiet

"POLITZ UND HEGHOLZ"
im Schutzgebietssystem Niedersächsischer Drömling

Landkreis Gifhorn

Samtgemeinde Brome
Gemeinde Rühren

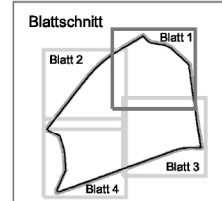
Landkreis Helmstedt

Samtgemeinde Velpke
Gemeinde Graßhorst
Gemeinde Danndorf

 Grenze des Naturschutzgebietes
(Die Innenseite des grauen Rasterbandes kennzeichnet die Grenze des Naturschutzgebietes)

 Grünland gem. § 4 Abs. 3 Nr. 1

 Wald- u. Forstfläche gem. § 4 Abs. 4 Nr. 1, 2, 3 und 4



Landkreis Gifhorn
Schlossplatz 1
38518 Gifhorn

Maßstab 1 : 5.000

gez. Dr. Andreas Ebel
(Landrat)

Karte 1
Blatt 1 von 4

Quelle der Kartengrundlage: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs und Katasterverwaltung.



**Maßgebliche Karte zur Verordnung
vom 17.12.2019 über das**

Naturschutzgebiet

"POLITZ UND HEGHOLZ"
im Schutzgebietssystem Niedersächsischer Drömling

Landkreis Gifhorn

Samtgemeinde Brome
Gemeinde Rühren

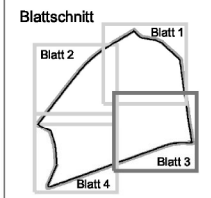
Landkreis Helmstedt

Samtgemeinde Velpke
Gemeinde Grafhorst
Gemeinde Danndorf

 Grenze des Naturschutzgebietes
(Die Innenseite des grauen Rasterbandes kennzeichnet die Grenze des Naturschutzgebietes)

 Grünland gem. § 4 Abs. 3 Nr. 1

 Wald- u. Forstfläche gem. § 4 Abs. 4 Nr. 1, 2, 3 und 4



Landkreis Gifhorn
Schlossplatz 1
38518 Gifhorn

Maßstab 1 : 5.000

gez. Dr. Andreas Ebel
(Landrat)

Karte 1
Blatt 3 von 4

Quelle der Kartengrundlage: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs und Katasterverwaltung.

© LGLN 2009



Maßgebliche Karte zur Verordnung
vom 17.12.2019 über das

Naturschutzgebiet

"POLITZ UND HEGHOLZ"

im Schutzgebietssystem Niedersächsischer Drömling

Landkreis Gifhorn

Samtgemeinde Brome
Gemeinde Rühren

Landkreis Helmstedt

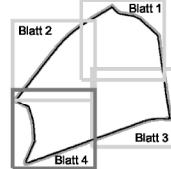
Samtgemeinde Velpke
Gemeinde Graßhorst
Gemeinde Danndorf

 Grenze des Naturschutzgebietes
(Die Innenseite des grauen Rasterbandes kennzeichnet
die Grenze des Naturschutzgebietes)

 Grünland gem. § 4 Abs. 3 Nr. 1

 Wald- u. Forstfläche gem. § 4 Abs. 4 Nr. 1, 2, 3 und 4

Blattschnitt



Landkreis Gifhorn
Schlossplatz 1
38518 Gifhorn

Maßstab 1 : 5.000

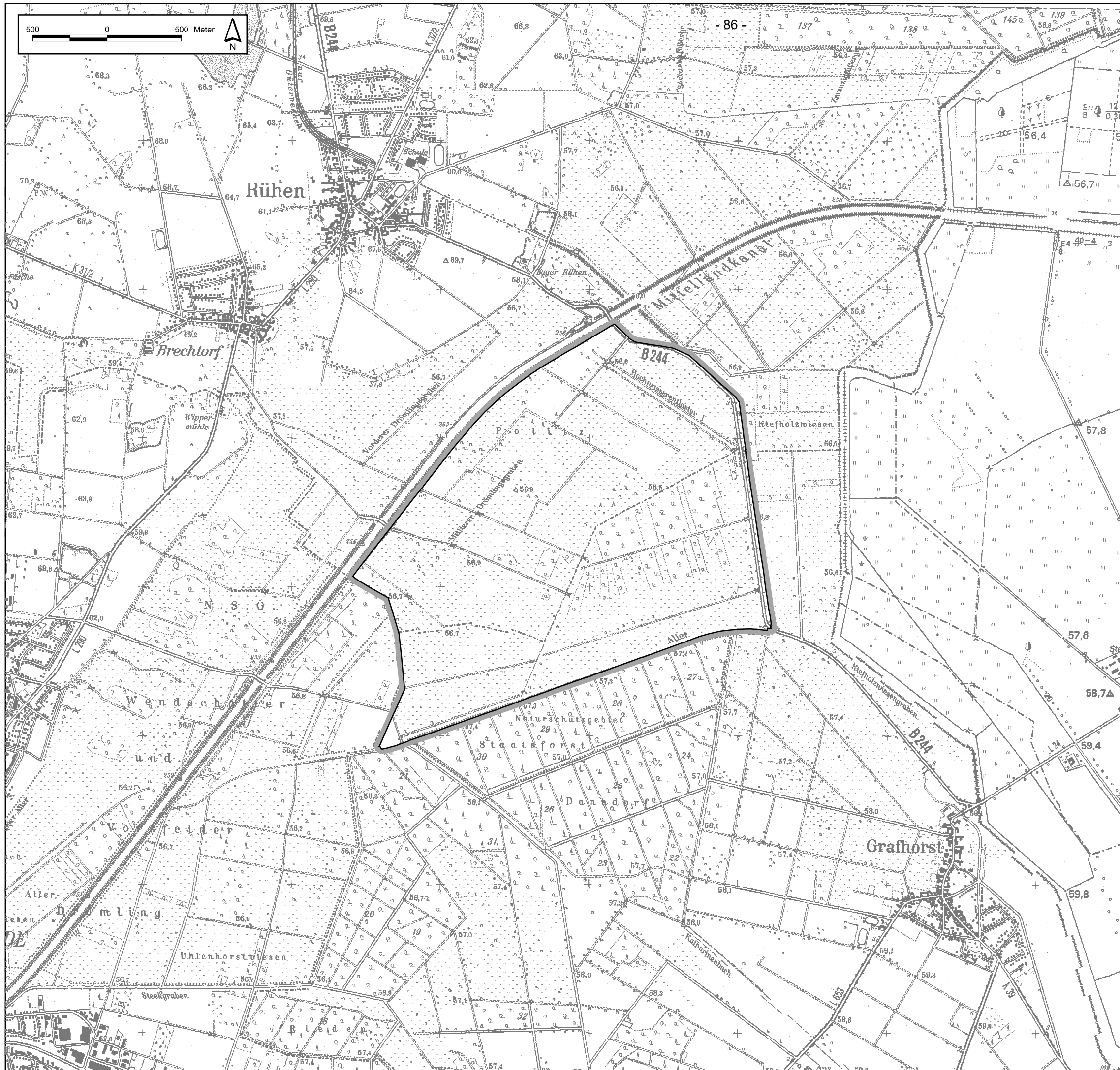
gez. Dr. Andreas Ebel
(Landrat)

Karte 1
Blatt 4 von 4

Quelle der Kartengrundlage: Auszug aus den Geobasisdaten
der Niedersächsischen Vermessungs und Katasterverwaltung.

© LGLN 2009





Übersichtskarte zur Verordnung
vom 17.12.2019 über das

Naturschutzgebiet

"POLITZ UND HEGHOLZ"

im Schutzgebietesystem Niedersächsischer Drömling

Landkreis Gifhorn

Samtgemeinde Brome
Gemeinde Rühren

Landkreis Helmstedt

Samtgemeinde Velpke
Gemeinde Grafhorst
Gemeinde Danndorf



Grenze des Naturschutzgebietes

(Die Innenseite des grauen Rasterbandes kennzeichnet
die Grenze des Naturschutzgebietes)

ABl.-Nr. 3 vom 22.01.2020



Landkreis Gifhorn
Schlossplatz 1
38518 Gifhorn

Maßstab 1 : 25.000

gez. Dr. Andreas Ebel
(Landrat)

Karte 2

Quelle der Kartengrundlage: Auszug aus den Geobasisdaten
der Niedersächsischen Vermessungs und Katasterverwaltung.

**16. Bekanntmachung der
Satzung der Gemeinde Jerxheim
über die Gewährung von
Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgeldern,
den Ersatz von Verdienstaufschlägen und die
Erstattung von Fahrtkosten,
Kinderbetreuungskosten und Barauslagen**

Aufgrund der §§ 10, 11 und 44 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes in der zur Zeit geltenden Fassung hat der Rat der Gemeinde Jerxheim in seiner Sitzung am 12. Dezember 2019 folgende Satzung beschlossen:

§1 Sitzungsgeld

Die Ratsherren erhalten ein Sitzungsgeld für die Teilnahme an Rats-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen, pro Sitzung in Höhe von 30,00 EUR.

Die Vorsitzenden des Rates, der Ausschüsse, der Fraktionen erhalten pro Sitzung ein zusätzliches Sitzungsgeld in Höhe von 30,00 EUR.

Über die Teilnahme an der Sitzung ist ein Nachweis zu führen.

§2 weitere Entschädigungen

1. Der Bürgermeister erhält neben dem Sitzungsgeld nach §1 eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 650,00 EUR.
2. Der 1. stellvertretende Bürgermeister erhält neben dem Sitzungsgeld nach §1 eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 100 EUR.
3. Der 2. stellvertretende Bürgermeister erhält neben dem Sitzungsgeld nach §1 eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 100 EUR.

§3 Abgeltung

Mit der Gewährung einer Aufwandsentschädigung ist der Anspruch auf Ersatz von Auslagen grundsätzlich abgegolten. Die Erstattung von Fahrtkosten (vergl. §7) und Kinderbetreuungskosten (vgl. §8) wird hiervon nicht berührt.

§4 Beigeordnete Ausschussmitglieder

Soweit Ausschussmitglieder nicht dem Gemeinderat angehören, erhalten Sie ein Sitzungsgeld pro Sitzung in Höhe von 25,00 EUR.

Für die Erstattung von Fahrtkosten gelten die Bestimmungen des §7 entsprechend.

§5 Verdienstaussfall

1. Für Arbeitnehmer wird Verdienstaussfall in der nachweislich entstandenen Höhe erstattet. Der Bruttoverdienstaussfall kann auf Antrag die Gemeinde dem Arbeitgeber erstatten, während dieser für die in Wahrnehmung des Mandats entstehenden Ausfallzeiten das Arbeitsentgelt weiterzahlt und die darauf entfallenden Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge einschließlich Arbeitgeberanteil für Sozialversicherung abführt.
2. Für Selbstständige wird Verdienstaussfall in der nachweislich entstandenen Höhe erstattet. Hilfsweise kann die Gemeinde auf Antrag den angenommenen Bruttogewinn erstatten.
3. Als Höchstbeträge für den Verdienstaussfall werden 50,00 EUR pro Stunde und 300,00 EUR pro Tag festgesetzt.

§6 Barauslagen

Barauslagen (Fernspreckgebühren, Porto, usw.) werden in der nachweislich entstandenen Höhe monatlich erstattet. Im Übrigen gilt §3.

§7 Fahrtkosten

1. Fahrtkosten werden in der nachweislich entstandenen Höhe bis zur Höhe der Beförderungssätze öffentlicher Verkehrsmittel erstattet.
2. Bei der Benutzung von privateigenen Kraftfahrzeugen wird eine Wegstreckenentschädigung in Höhe von 0,30 EUR pro Kilometer gewährt.

§8 Kinderbetreuungskosten

Kinderbetreuungskosten werden in der nachweislich entstandenen Höhe erstattet.

§9 Dienstreisen

Bei genehmigten Dienstreisen werden Reisekosten nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes gewährt. Daneben kommen Zahlungen von Sitzungsgeldern und Erstattungen von Auslagen nicht in Betracht.

§10 Zahlweise

1. Die Aufwandsentschädigung ist halbjährlich nachträglich zahlbar zum 30.06. und 31.12. des Jahres.
2. Sind die genannten Funktionsträger länger als 1 Monat an der Wahrnehmung ihrer Tätigkeit gehindert, so erhält der Stellvertreter von diesem Zeitpunkt an die entsprechende Aufwandsentschädigung.

§11 steuerliche Behandlung

1. Die steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Aufwandsentschädigung ist Angelegenheit der Empfänger.
2. Die Gemeinde wird gem. den gesetzlichen Bestimmungen die Höhe der Zahlungen an die Finanzverwaltung melden.

§12 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 01. Januar 2020 in Kraft.
Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung vom 01. August 1973 in der Fassung der Änderungssatzung vom 02. Februar 2000 außer Kraft.

Jerxheim, den 12. Dezember 2019

gez. Ralphs
Ralphs
Bürgermeister

(L.S.)

ABl.-Nr. 3 vom 22.01.2020

17.

Bekanntmachung der

Allgemeinverfügung über die ausnahmsweise Öffnung von Verkaufsstellen in der Stadt Helmstedt

Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten (NLöffVZG) vom 08.03.2007 (Nds. GVBl. S. 111) in der z. Zt. gültigen Fassung i.V. mit § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102) in der z. Zt. gültigen Fassung in Verbindung mit § 1 Abs. 1 des Niedersächsischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (NVwVfG) vom 03.12.1976 (Nds. GVBl. S. 311) in der z. Zt. gültigen Fassung ergeht folgende Allgemeinverfügung:

Anlässlich der Veranstaltungen

- „Helmstedt entdecken“ am Sonntag, den 29.03.2020
- „Altstadtfest“ am Sonntag, den 06. September 2020
- „Gänsemarkt“ am Sonntag, den 01. November 2020

dürfen die Verkaufsstellen im Gebiet der Stadt Helmstedt abweichend von den Vorschriften des § 4 NLöffVZG an diesen Tagen in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr für den Verkauf geöffnet haben.

Begründung:

Mit Anschreiben vom 04.11.2019 bat die Werbe- und Arbeitsgemeinschaft „Helmstedt aktuell/ Stadtmarketing e.V.“ anlässlich der genannten Veranstaltungen um die Genehmigung für die Durchführung eines jeweiligen verkaufsoffenen Sonntages.

Gemäß § 5 NLöffVZG soll die zuständige Behörde auf Antrag der überwiegenden Anzahl der Verkaufsstellen eines Ortsbereichs oder einer den örtlichen Einzelhandel vertretenden Personenvereinigung zulassen, dass Verkaufsstellen unabhängig von der Regelung des § 4 NLöffVZG an Sonntagen öffnen dürfen. Nach der einschlägigen Rechtsprechung darf die Sonntagsöffnung von Verkaufsgeschäften aber lediglich einen Annex zur prägenden Veranstaltung darstellen. Das Regel- Ausnahme- Prinzip ist dabei einzuhalten. Die Öffnung darf im Jahr in Ausflugsorten an insgesamt höchstens acht und in anderen Orten an insgesamt höchstens vier Sonntagen und jeweils höchstens für die Dauer von fünf Stunden täglich zugelassen werden. Die Öffnungszeit soll außerhalb der ortsüblichen Gottesdienstzeiten liegen.

Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben ist im Vorfeld eine Anhörung nach § 28 Verwaltungsverfahrensgesetz vorzunehmen gewesen. Die für das Verfahren einer Sonntagsöffnung maßgeblichen Institutionen sind dazu angehört worden. Die eingegangenen Rückäußerungen haben keine negativen Stellungnahmen beinhaltet, sodass die erforderlichen Voraussetzungen für die Durchführung der jeweiligen verkaufsoffenen Sonntage zu den vorgegebenen Zeiten erfüllt sind.

Die Regelungen des § 7 NLöfVZG sowie der weiteren einschlägigen Rechtsvorschriften hinsichtlich des Schutzes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind zu beachten.

In Kraft treten

Diese Allgemeinverfügung tritt nach § 41 Abs. 3 Satz 2, Abs. 4 Satz 4 VwVfG i.V.m. § 1 NVwVfG einen Tag nach der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Helmstedt in Kraft.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Braunschweig erhoben werden.

Der Bürgermeister

gez. Wittich Schobert

LS

Wittich Schobert

ABl.-Nr. 3 vom 22.01.2020

18. Bekanntmachung

des Beschlusses

über den Jahresabschluss 2012 der Samtgemeinde Velpke und die Entlastung des Samtgemeindebürgermeisters

I.

Der Samtgemeinderat hat in seiner Sitzung am 03.12.2019 folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Jahresabschluss der Samtgemeinde Velpke für das Haushaltsjahr 2012 wird gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG (früher: § 101 Abs. 1 NGO) beschlossen.
2. Der Fehlbetrag beim außerordentlichen Ergebnis i. H. v. 130,85 € wird durch den Überschuss beim ordentlichen Ergebnis (92.930,66 €) gedeckt. Das Jahresergebnis 2012 i. H. v. 92.799,81 € wird gem. Artikel 6 Abs. 9 GemHausRNeuOG mit dem kameralen Sollfehlbetrag verrechnet.
3. Der Samtgemeinderat erteilt dem Samtgemeindebürgermeister gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG (früher: § 101 Abs. 1 NGO) für die Führung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2012 die Entlastung.

II.

Der Jahresabschluss 2012 der Samtgemeinde Velpke, der Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss, der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Stellungnahme des Samtgemeindebürgermeisters zum Prüfbericht liegen vom 27.01.2020 bis 31.01.2020 und vom 03.02.2020 bis 04.02.2020 während der Dienstzeiten im Rathaus der Samtgemeinde Velpke, Grafhorster Str. 6, 38458 Velpke in Zimmer 04 zur Einsichtnahme aus.

III.

Vorstehendes wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Velpke, den 16.01.2020

Der Samtgemeindebürgermeister

gez. Fricke

(Fricke)

(L.S.)

19. **Bekanntmachung**

des Beschlusses über den Jahresabschluss 2012 der Gemeinde Bahrdorf

I.

Der Rat der Gemeinde Bahrdorf hat in seiner Sitzung am 12.12.2019 folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Jahresabschluss der Gemeinde Bahrdorf für das Haushaltsjahr 2012 wird gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG (früher: § 101 Abs. 1 NGO) beschlossen.
2. Das Jahresergebnis 2012 wird in die Bilanzposition „Fehlbeträge aus Vorjahren“ eingestellt.
3. Der Gemeinderat der Gemeinde Bahrdorf erteilt dem Gemeindedirektor gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG (früher: § 101 Abs. 1 NGO) für die Führung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2012 die Entlastung.

II.

Der Jahresabschluss 2012 der Gemeinde Bahrdorf, der Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss sowie der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung liegen in der Zeit vom 27.01.2020 bis 31.01.2020 und vom 03.02.2020 bis 04.02.2020 während der Dienstzeiten im Rathaus der Samtgemeinde Velpke, Grafhorster Str. 6, 38458 Velpke in Zimmer 04 zur Einsichtnahme aus.

III.

Vorstehendes wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Velpke, den 16.01.2020

(L.S.)

gez. Fricke
(Fricke)
Gemeindedirektor

ABl.-Nr. 3 vom 22.01.2020

20.

Bekanntmachung

des Beschlusses über den Jahresabschluss 2012 der Gemeinde Danndorf und die Entlastung des Bürgermeisters

I.

Der Rat der Gemeinde Danndorf hat in seiner Sitzung am 12.12.2019 folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Jahresabschluss der Gemeinde Danndorf für das Haushaltsjahr 2012 wird gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG (früher: § 101 Abs. 1 NGO) beschlossen.
2. Das Jahresergebnis 2012 i. H. v. 51.056,92 € wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
3. Der Gemeinderat der Gemeinde Danndorf erteilt dem Bürgermeister gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG (früher: § 101 Abs. 1 NGO) für die Führung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2012 die Entlastung.

II.

Der Jahresabschluss 2012 der Gemeinde Danndorf, der Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss, der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung sowie die Stellungnahme der Gemeindedirektorin zum Schlussbericht liegen in der Zeit vom 27.01.2020 bis 31.01.2020 und vom 03.02.2020 bis 04.02.2020 während der Dienstzeiten im Rathaus der Samtgemeinde Velpke, Grafhorster Str. 6, 38458 Velpke in Zimmer 04 zur Einsichtnahme aus.

III.

Vorstehendes wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Velpke, den 16.01.2020

Die Gemeindedirektorin

(L.S.)

gez. Wilke

(Wilke)

ABl.-Nr. 3 vom 22.01.2020

21.

**Bekanntmachung der
Feststellung gemäß § 5 UVPG
(Norddeutsche Gesellschaft zur Ablagerung von Mineralstoffen mbH - norgam -)**

**Bek. d. LBEG v. 9. 1. 2020
- L1.4/L67007/03-08_02/2019-0045 -**

Die Firma Norddeutsche Gesellschaft zur Ablagerung von Mineralstoffen mbH - norgam - plant eine Änderung der Oberflächenabdichtung des Deponieabschnittes 2 der Massenabfalldeponie Alversdorf. Damit verbunden ist eine Änderung der Bepflanzung des Deponiekörpers von Tief- auf Flachwurzler.

Die Entsorgungsanlage in Form einer Monodeponie für mineralische Massenabfälle wurde durch den Planfeststellungsbeschluss des Oberbergamtes Clausthal-Zellerfeld (heute Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie - LBEG -) am 21.03.1997 unter dem Aktenzeichen -21 - 66/96 - W 2000 Bh. 4 - 111 - genehmigt.

Der Standort des Vorhabens befindet sich auf dem Gebiet der Gemeinde Schöningen im Landkreis Helmstedt.

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 UVPG besteht für ein Änderungsvorhaben, bei dem bereits eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden ist, eine Pflicht zur Durchführung einer Allgemeinen Vorprüfung nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Nummer 2, wenn für das Vorhaben keine Größen- oder Leistungswerte vorgeschrieben sind.

Dazu hat die Vorhabenträgerin Unterlagen für die Durchführung einer allgemeinen Vorprüfung gemäß Anlage 2 UVPG vorgelegt.

Diese nach den Vorgaben der Anlage 3 UVPG vorgenommene Vorprüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das o. g. Vorhaben nicht erforderlich ist.

Die einzelnen Gründe für die Entscheidung können unter <http://www.umwelt.niedersachsen.de> und dort über den Pfad „Service — UVP-Portal — Verfahrenstypen — Negative Vorprüfungen — UVP-Vorprüfungsergebnis Änderung der Oberflächenabdichtung Deponieabschnitt 2/ Norddeutsche Gesellschaft zur Ablagerung von Mineralstoffen mbH“ eingesehen werden.

Außerdem kann das Prüfungsergebnis in Papierform beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, An der Marktkirche 9, 38678 Clausthal-Zellerfeld, angefordert werden.

Diese Feststellung wird hiermit öffentlich bekannt gegeben. Sie ist nach § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

ABl.-Nr. 3 vom 22.01.2020

Herausgeber: Landkreis Helmstedt, Südertor 6, 38350 Helmstedt

Einzelbezugspreis: 2,00 €

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Landrat Radeck